S 31 R 486/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Frankfurt Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 31 R 486/13 Datum 08.04.2015

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 R 163/15 Datum 23.06.2020

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid der Beklagten vom 15.01.2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.09.2013 werden abgeĤndert in der Gestalt, dass die KlĤgerin nur 900,00 EUR an die Beklagte zurĽckzuzahlen hat.

Im ̸brigen wird die Klage abgewiesen.

Die Beklagte hat ein Fünftel der auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Klägerin zu tragen.

Â

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist streitig die Erstattung von Rentenleistungen fŽr die Zeit nach dem Tode der am xx.xx.2012 verstorbenen bei der Beklagten versicherten D.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin ist die Tochter der verstorbenen Versicherten D. und im Besitz einer Vollmacht f \tilde{A} 1 / 4 r das Girokonto ihrer Mutter.

Die Mutter der KlĤgerin bezog von der Beklagten eine Altersrente und eine

Witwenrente in Höhe von 890,72 Euro und 230,34 EUR. Die Rentenzahlungen erfolgten auf das Girokonto der Mutter der Klägerin, fÃ⅓r das sie auch eine Vollmacht hatte. Die Beklagte erlangte am 17.07.2012 Kenntnis vom Tode der Mutter der Klägerin, so dass es zu einer Ã□berzahlung der Altersrente in Höhe von 890,72 EUR und der Witwenrente in Höhe von 230,34 EUR fÃ⅓r den Monat Juli 2012 kam.Â

Nach Auskunft des kontoführenden Kreditinstituts, der Sparkasse E-Stadt wurden in der Zeit vom 02.07.2012 bis 11.07.2012 folgende Bankbewegungen durchgeführt von diesem Konto:

02.07.2012	635,00 EUR
02.07.2012	110,00 EUR
02.07.2012	3,45 EUR
02.07.2012	17,90 EUR
02.07.2012	32,38 EUR
02.07.2012	500,00 EUR
02.07.2012	400,00 EUR
02.07.2012	106,00 EUR
02.07.2012	34,35 EUR
02.07.2012	69,99 EUR
02.07.2012	62,97 EUR
03.07.2012	36,00 EUR
03.07.2012	1,59 EUR
05.07.2012	31,45 EUR
10.07.2012	116,30 EUR
11.07.2012	31,89 EUR
	02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 02.07.2012 03.07.2012 03.07.2012 05.07.2012

ÂÂÂÂÂÂ

Bis auf die Barabhebungen am Geldautomaten in Höhe von 500,00 EUR und 400,00 EUR jeweils am 02.07.2012 erfolgten die weiteren Kontobewegungen entweder durch Dauerauftrag oder Lastschrifteinzug oder Ã∏berweisungsaufträge der Verstorbenen.

Auf das Rückforderungsbegehren der Beklagten gegenüber der Sparkasse teilte diese mit Schreiben vom 27.07.2012 mit, dass der zurückgeforderte Betrag nicht zur Befriedigung eigener Forderung verwendet worden sei und der Kontostand vor Eingang des Rückforderungsersuchens am 17.07.2012 7.387,77 EUR Soll betragen habe. Mit Schreiben vom 05.12.2012 wurde die Klägerin angehört zur beabsichtigten Rückforderung der über den Sterbemonat der Rentenberechtigten hinaus gezahlten Geldleistung in Höhe von 1.121,06 EUR. Unter dem 17.12.2012 legte die Klägerin dar, ihre Mutter hätte ihre Geldangelegenheiten immer selbst erledigt. Sie hätte zwar eine Vollmacht gehabt, diese habe nur für den Fall gegolten, dass sie selbst habe kein Geld holen können. Die 900,00 EUR habe sie für Beerdigungskosten, Räumung der Wohnung etc. gebraucht. Sie habe das Erbe beim Amtsgericht Bad Homburg am 05.08.2012 ausgeschlagen.Â

Mit Bescheid vom 15.01.2013 forderte die Beklagte von der KlĤgerin den Betrag in Höhe von 1.121,06 Euro zurück. Als Rechtsgrundlage wurde § 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VI angegeben. Die Forderung setze sich zusammen aus BetrĤgen vom 02.07.2012 in Höhe von 500,00 EUR und 400,00 EUR sowie jeweils ebenfalls vom 02.07.2012 von 106,00 Euro, 34,35 EUR und 69,99 EUR. Dabei handelte es sich um die beiden Barabhebungen am Geldautomaten, eine Zahlung an den H. Versand sowie zwei Zahlungen an J. Es wurde weiter ausgeführt, dass die Klägerin als Verfügungsberechtigte (Inhaber einer Kontovollmacht) über den entsprechenden Betrag ein bankübliches Zahlungsgeschäft zu Lasten des Kontos vorgenommen beziehungsweise zugelassen habe. Da sich die Forderung an die KlĤgerin als Verfügende richte, sei die Ausschlagung des Erbes unerheblich. Gegen diesen Bescheid wandte sich die KlĤgerin mit Widerspruch vom 11.02.2012 und legte ein Schreiben der P. vom 28.11.2012 vor, in dem die Rückzahlung überzahlter Versorgungsbezüge für die verstorbene Mutter für den Monat Juli 2012 in Höhe von 900,00 EUR in monatlichen Raten von 25,00 EUR geregelt wurde. Am 02.09.2013 erlie̸ die Beklagte zurückweisenden Widerspruchsbescheid. Zur Begründung legte sie dar, der Anspruch gründe auf § 118 Abs. 4 SGB VI. Von der Bank seien keine Beträge zu erstatten gewesen, da zum einen kein ausreichendes Guthaben mehr auf dem Konto vorhanden gewesen sei und zum anderen in Höhe von mehr als 2.000,00 EUR über Beträge auf dem Konto verfügt worden sei. Die Klägerin werde als Verfügende in Anspruch genommen. VerfÃ¹/₄gende im Sinne des <u>§ 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VI</u> seien Personen, die als Verfýgungsberechtigte über den entsprechenden Betrag ein bankübliches Zahlungsgeschäft zu Lasten des Kontos vorgenommen oder zugelassen hÄxtten. Nach stÄxndiger Rechtsprechung des Bundessozialgerichts sei nach <u>§ 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VI</u> derjenige erstattungspflichtig, der in den sogenannten Schutzbetrag eingegriffen habe. Der Schutzbetrag entspreche dem Wert der zu Unrecht A¹/₄berwiesenen Geldleistung. Die HA¶he des Schutzbetrages hänge somit allein von der Höhe der überwiesenen Geldleistung ab. Dies gelte unabhängig davon, ob das Konto unmittelbar vor Eingang der Geldleistung ein Guthaben oder ein Minus aufweise. Die Rente sie am 29.06.2012 dem Konto gutgeschrieben worden. Am 17.07.2012 sei das Rýckforderungsbegehren bei der Bank eingegangen. Alle in diesem Zeitraum oben aufgefļhrten veranlassten beziehungsweise zugelassenen VerfÄ1/4gungen hÄxtten den Schutzbetrag gemindert. Kontovollmachten würden über den Tod des Kontoinhabers hinaus gelten, unbeachtlich sei in diesem Zusammenhang, dass das Erbe ausgeschlagen worden sei.

Am 04.10.2013 hat die Klå¤gerin Klage vor dem Sozialgericht Frankfurt am Main erhoben, mit der sie die Aufhebung des Bescheides vom 15.01.2013 und des Widerspruchsbescheides vom 02.09.2013 begehrt. Zur Begründung hat sie dargelegt, die verstorbene Frau D. habe bis zu ihrem Tode sämtliche Geschäfte selbst erledigt. Vorsorglich habe sie vor vielen Jahren ihr Kontovollmacht über den Tod hinaus erteilt, damit insbesondere im Falle ihrer Erkrankung sie für sie Bankgeschäfte hätte erledigen können, wozu es nie gekommen sei. Sie habe zu Lebzeiten ihrer Mutter über das Konto nicht verfügt. Sie habe lediglich nach dem Tode ihrer Mutter für die Wohnungsräumung einen Betrag von 900,00 EUR abgehoben, der wieder zurückgeführt worden sei. Sonstige Verfügungen

über das Konto habe sie nicht vorgenommen. Ihr sei zum Kontostand, Renteneinoder Ã□berzahlung oder laufenden Lastschriften nichts bekannt. Laufende Kontoauszüge habe sie zu Lebzeiten ihrer Mutter nicht erhalten. Im Ã□brigen sei für sie nicht ersichtlich gewesen, dass eine um den Monatswechsel Juni/Juli eingezahlte Rentenzahlung eine Vorauszahlung gewesen sei und nicht eine nachträgliche Zahlung für den vorhergehenden Monat. Die Klägerin legte handschriftliche Notizen über Verbindlichkeiten gegenüber H. und J. fþr Juli mit Erledigungsvermerk 28. wohl 6.2012 vor, des Weiteren den Personalausweis ihrer verstorbenen Mutter mit einer gutleserlichen Unterschrift, des Weiteren auch Auflistung über Verbindlichkeiten gegenüber K-moden und eine Aufstellung der Verbindlichkeiten für J. bis 01.10. Auf diesen Schreiben ist mit einer anderen Schrift vermerkt: â∏∏Am 28.06.2012 hat Mutti noch gelebtâ∏∏.Â

Die KlĤgerin beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 15.01.2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.09.2013 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Zur Begründung hat sie sich auf ihre Darlegungen im Widerspruchsbescheid bezogen.

Die Verwaltungsakte wurde dem Verfahren beigezogen.

Wegen der weiteren Einzelheiten der SachverhaltsaufklĤrung und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte, die Gegenstand der Entscheidung waren, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Das Gericht konnte vorliegend durch Gerichtsbescheid entscheiden, weil der Rechtsstreit keine besonderen tatsĤchlichen oder rechtlichen Schwierigkeiten aufweist und das Gericht den Sachverhalt als geklĤrt ansieht.

Die zulĤssige Klage ist in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet.

Da die Klägerin mit der Klage die Aufhebung des Rückforderungsbescheides begehrt, handelt es sich um eine Anfechtungsklage. Sie ist als solche zulässig.Â

Sie ist auch in Höhe von 900,00 EUR begründet. GemäÃ∏ § 118 Abs. 4 SGB VI ist die KIägerin zur Rückzahlung des Betrages von 900,00 EUR, den sie mit Geldautomatauszahlungen vom Konto transferiert hat, zur Rückzahlung verpflichtet. Dem steht nicht entgegen, dass sie die Kosten von Wohnungsräumung und Beerdigung nach ihren Angaben mit diesem Betrag beglichen hat. Eine überzahlte Rente gehört nicht zum Nachlass und kann daher auch nicht zur Begleichung von Nachlassverbindlichkeiten eingesetzt werden (vgl. Urteil des Sozialgerichts GieÃ∏en vom 8. Oktober 2012, Az. S 4 R 50/13). Die erkennende Kammer schlieÃ∏t sich dieser Rechtsprechung an.Â

Soweit die KlĤgerin darauf verweist, dass sie gegenüber der P. überzahlte Versorgungsbezüge in Höhe von 900,00 EUR in monatlichen Raten von 25,00 EUR zurückzahlt, kann dies hier nicht durchgreifen, da es sich um eine völlig andere Forderung handelt, nicht im Zusammenhang steht mit der hier überzahlten Rente.

Anders verhĤlt es sich hinsichtlich der Rückforderung der Beträge von 106,00 EUR H. Versand und 34,35 EUR und 69,99 EUR J. Hier steht nach ̸berzeugung der erkennenden Kammer fest, dass die KlAxgerin A¼ber diesen Betrag nicht verfA¼gt hat, diese noch zu Lebzeiten der verstorbenen Mutter von dieser selbst veranlasst wurden. Dies ergibt sich nach Ä\(\text{D}\)berzeugung der Kammer aus den vorgelegten handschriftlichen Notizen. Die KlĤgerin kann diesbezüglich auch nicht als Verfügende im Sinne des Zulassens dieser Buchungen in Anspruch genommen werden, da das Zulassen eines banküblichen Geschäftes ein pflichtwidriges Unterlassen durch vorwerfbar unterlassene Handlungen, wie zum Beispiel die Kontosperrung oder andere gebotene Handlungen, durch die VerfA¹/₄gungen Dritter über das Konto verhindert werden könnten, erfordert (BSG, Urteil vom 10. Juli 2012, Az. <u>B 13 R 105/11 R</u>). Vorliegend ist ein solch pflichtwidriges Unterlassen fÃ¹/₄r die Kammer nicht erkennbar. Die KlĤgerin hat nachvollziehbar dargelegt, dass sie nicht informiert war ļber die Rentenļberzahlung und den aktuellen Kontostand sowie die laufenden EinzugsermÄxchtigungen beziehungsweise Lastschriften. Sie hat dargelegt, dass sie lediglich Kontovollmacht besa̸, ohne davon Gebrauch gemacht zu haben. Des Weiteren hat sie angegeben, dass sie nie Einblick in die Kontoauszüge hatte und die Geldangelegenheiten bis zum Tode von ihrer Mutter selbst erledigt worden seien. Entsprechend kann die KlAzgerin zur RA¼ckzahlung dieses Betrages in Höhe von 221,06 EUR nicht herangezogen werden.Â

Nach alledem war zu entscheiden wie erfolgt.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193</u> Sozialgerichtsgesetz.

Erstellt am: 11.01.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024